

EnEVNEWS

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.

Bonn, im April 2013

- [Bundesrat: Entwicklung von EnEG und EnEV](#)
 - [Deutscher Bundestag: Beratung des Energieeinspargesetzes](#)
 - [Bundesrat: Ausschüsse empfehlen, EEG nicht in den Bundestag einzubringen](#)
 - [Berlin: Ramsauer äußert sich zur EnEV](#)
 - [EnEV-Kabinettsfassung: Reaktionen der Verbände](#)
- [Baden-Württemberg: Vorreiter für das neue EEWärmeG?](#)
 - [Parteien äußern sich in ihren Wahlprogrammen zur Energieeffizienz](#)
 - [BDI-Termin am 15. Mai 2013: „Projekt Energiewende – Hoffnungsträger Gebäudeenergieeffizienz“](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie den ersten Newsletter zu Themen rund um die Energieeinsparverordnung (EnEV) und ihre Entwicklungen auf politischer Ebene.

Der Referentenentwurf der EnEV wurde am 6. Februar 2013 vom Bundeskabinett dem Bundesrat zur weiteren Beratung zugeleitet.

Als Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V. haben wir uns bereits im Rahmen der Verbändeanhörung im November 2012 und in begleitenden Gesprächen aktiv in den politischen Prozess eingebracht. Unsere Positionen und auch die Konsequenzen, die die geplante Verschärfung der energetischen Anforderungen an die Außenwand für die Ziegelindustrie in Deutschland bedeuten können, sind der Bundesregierung bekannt.

Damit unser Anliegen parteiübergreifend bei allen wichtigen Entscheidern in der Politik Gehör findet, ist Engagement von uns allen gefragt. Die endgültige Entscheidung der Minister im Bundesrat wird maßgeblich in den politischen Gremien auf Landesebene vorbereitet. Als Unternehmer und Arbeitgeber in der Region haben Sie vor Ort schlagkräftige Argumente, um für den Ziegel als klimafreundlichen Baustoff im Wohnungsbau zu werben. Der Newsletter wird von der Berliner Kommunikationsagentur Hill+Knowlton Strategies regelmäßig erstellt und soll Sie von nun an über relevante politische Ereignisse auf Bundes- und Landesebene zum Thema EnEV in Kenntnis setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Roth
Bundesverband der deutschen Ziegelindustrie e.V.



Bundesrat: Entwicklung von EnEG und EnEV

Der Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung des Bundesrats ist in seiner Sitzung am 7. März den Anträgen mehrerer Bundesländer gefolgt und hat die **Beratung der EnEV im Bundesrat** bis zur Verabschiedung des Energieeinspargesetzes (EnEG) im Bundestag **vertagt**. Die Bundesregierung rechnet damit, dass der Deutsche Bundestag das EnEG bis Mai beraten haben wird.

Am 12. März 2013 haben der federführende Wohnungsbauausschuss, der Umweltausschuss sowie der Wirtschaftsausschuss im Bundesrat eine Empfehlung zum EnEG eingereicht. So sähen die Ausschüsse die dringende Notwendigkeit, die energiesparrechtlichen Vorschriften zu vereinfachen. Die Novellierungen des EnEG und der EnEV müssten genutzt werden, um diese auf das EEWärmeG abzustimmen und in einer Regelung zusammenzuführen. Zudem könnten die Klimaschutzziele der Bundesregierung mit dem vorgelegten Entwurf des EnEG nicht erreicht werden. Grund sei, dass der Gebäudebestand für über 40 Prozent der Emissionen verantwortlich sei. Die Sanierungsrate müsse daher auf 3 Prozent gehoben werden. [Empfehlung der Ausschüsse Drs. 112/1/13](#)

Hinweis Ziegelintern

Die Beratungen zur EnEV innerhalb der Ausschüsse des Bundesrates werden derweil fortgeführt. Aller Voraussicht nach wird im Juni dazu abgestimmt. Bis dahin ist eine aktive politische Ansprache zu führen.

[Zum Seitenanfang](#)



Deutscher Bundestag: Beratung des Energieeinspargesetzes (EnEG)

Nach der 1. Lesung des EnEG (Btg. Drs. [17/12619](#)) am 14. März 2013 im Deutschen Bundestag wurde der Entwurf den Ausschüssen zur Beratung zugeleitet. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 17. April 2013 von 11.15 bis 13.15 Uhr eine öffentliche Anhörung für die Beratung angesetzt. [Mehr...](#)

Im Folgenden finden Sie relevante Aussagen der Redner in der 1. Lesung.

Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer, CSU

- „Wir orientieren uns (bei EnEG und EnEV) strikt am Gebot **der Wirtschaftlichkeit**.“
- „Einen Sanierungszwang nach ideologischem Muster (...) lehnen wir ab, und ihn wird es mit mir als Bauminister auch nicht geben. Dieser hätte fatale Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft in diesem Bereich.“
- „**Anspruchsvollere Effizienzstandards definieren wir deshalb nur für Neubauten**. Im Gebäudebestand sehen wir bewusst von einer Verschärfung ab, vor allem, weil die tatsächlich erzielbaren Einsparungen an Primärenergie nur geringfügig wären (...).“

Oliver Krischer, Sprecher für Energiepolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- „Der Gesetzentwurf bezieht sich in erster Linie auf Neubauten. Das **Wesentliche** jedoch, was im Gebäudebereich passieren muss, ist die **Sanierung des Bestands**.“
- Es existiert „ein Durcheinander zwischen Energieeinsparungsgesetz, Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Wärme-Gesetz“, welches teilweise **widersprüchliche Regelungen** zur Folge hat.

Volkmar Vogel, Berichterstatter für Energieeffizientes Bauen der CDU/CSU-Fraktion

- „Das **Wirtschaftlichkeitsgebot** ist für uns von ganz großer Bedeutung, genauso wie die Vorgabe, dass es keine Sanierungspflicht für den Bestand geben darf.“
- „Ganz wichtig ist die **Planungssicherheit**. Jetzt kommt es darauf an, für einen Zeitraum in diesem **Jahrzehnt für Sicherheit** zu sorgen. Dafür sorgen wir, indem wir auch vernünftige Verschärfungen im Neubau zum Einsatz bringen. Zweimal 12,5 Prozent in 2014 und 2016 sind machbar, wenngleich ich an der Stelle sage: **Wir sind sehr hart an der Grenze zu dem, was man wirtschaftlich vertreten kann**.“
- „Deswegen ist es wichtig, dass wir bei der sogenannten Transmission, also beim Wärmedurchgang, sagen: **Bei der Außendämmung reichen zweimal 10 Prozent. Mehr ist wirtschaftlich vertretbar nicht umzusetzen**.“

[Zum Seitenanfang](#)



Bundesrat: Ausschüsse empfehlen, EEG nicht in den Bundestag einzubringen

Ein Antrag des Freistaats Sachsen zur Änderung des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) ist in den relevanten Ausschüssen des Bundesrats gescheitert. Sachsen hatte sich darin für ein Quotenmodell ausgesprochen, das den Elektrizitätsversorgungsunternehmen und bestimmten Großverbrauchern eine Pflicht zur Erzeugung bzw. Abnahme bestimmter Quoten an Erneuerbaren Energien auferlegt. Der federführende Umweltausschuss, der Ausschuss für Innere Angelegenheiten sowie der Wirtschaftsausschuss im Deutschen Bundesrat empfehlen dem Bundesrat, den Gesetzentwurf nicht beim Deutschen Bundestag einzubringen. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)



Berlin: Ramsauer äußert sich zur EnEV

Auf dem Energiegipfel am 7. März 2013 im Bundeskanzleramt, an dem u.a. auch Vertreter von Verbänden teilnahmen, thematisierte **Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer (CSU)** auch die EnEV. „Wir setzen dabei auf Fördern auf der einen Seite und Fordern auf der anderen Seite. Das Fördern bezieht sich vor allen Dingen auf die Programme für die energetische Sanierung von Gebäuden, aber auch für den Neubau, die wir über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abarbeiten und anbieten. Im Bereich des Ordnungsrechts, also des Forderns, haben wir jetzt im Kabinett die neue, verschärfte Energieeinsparverordnung - die EnEV - beschlossen, die jetzt ins Gesetzgebungsverfahren hineinget“, so Ramsauer. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)



EnEV Kabinettsfassung: Reaktionen der Verbände

Der **Bundesverband Flachglas (BF)**, der **Bundesverband Rollladen und Sonnenschutz (BVR)** sowie der **Verband Fenster und Fassade (VFF)** begrüßen es, dass der Kabinettsentwurf der EnEV 2013 keine Reduzierung transparenter Flächen beinhaltet. Diese war zuvor noch im Referentenentwurf der Ministerien formuliert worden. [Mehr...](#)

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID)** bewertet die geplante Verschärfung der energetischen Vorgaben für Neubauten im EnEV-Entwurf sehr kritisch. Wenngleich Energieeffizienz ein wichtiges und erstrebenswertes Ziel sei, so bedeuten höhere Neubauanforderungen für alle Beteiligten weitere Kostensteigerungen, so Walter Rasch, Vorsitzender der BID und Präsident des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW). "Das Wirtschaftlichkeitsgebot ist ein maßgebliches Kriterium für Investitionen in energetische Maßnahmen. Bevor das Wohnen in Deutschland zum Luxus wird, muss es Alternativen zu den stetigen Verschärfungen geben", fordert Rasch. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)



Baden Württemberg: Vorreiter für das neue EEWärmeG?

Der **baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen)** gab in einem Interview erste Einblicke in den Referentenentwurf der Novelle des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG), der im Sommer vorliegen soll. Offen sei jedoch immer noch, ob es in Baden-Württemberg einen „Sanierungsfahrplan“ geben soll, so Untersteller. [Mehr...](#)

Hinweis Ziegelintern:

Die Novellierung des EEWärmeG wird über die EnEV 2013 hinaus Anforderungen an den Neubau enthalten. Auch hier sind maximal maßvolle Verschärfungen tolerabel.

[Zum Seitenanfang](#)



Parteien äußern sich in ihren Wahlprogrammen zur Energieeffizienz

Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl 2013 haben **FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD** ihre Entwürfe der Wahlprogramme veröffentlicht.

DIE LINKE.



Die **FDP** wolle die Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich anheben, um die Energieeffizienz zu steigern. Dabei gelte bei der Gebäudesanierung das Prinzip „Anreize statt Zwang“. Man wolle die EnEV auf einem technisch ambitionierten Stand halten. Grundlage müsse aber immer die energetische Gesamteffizienz von Gebäuden und Heizungssystemen sein, nicht das willkürliche Verbot bestimmter Technologien, so die Liberalen.



Die LINKE fordert mieterfreundliche Modernisierungen und ein sofortiges Bundesprogramm zur energetischen Gebäudesanierung. **Bündnis 90/Die Grünen** wollen unter anderem die EnEV so umgestalten, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung bietet. Die Chemieindustrie sei hilfreich beim Dämmen von Gebäuden, jedoch solle sie sich stärker in die Lösung von Umweltproblemen einbringen, zum Beispiel beim Recycling. In dem Entwurf des **Regierungsprogramms der SPD** heißt es, der Bereich der Gebäudesanierung biete noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Die Mittel des KfW-Förderprogramms zur Gebäudesanierung

sollten zweckgebunden und mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Die Förderung solle an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden.

Hinweis Ziegelintern

Die Ziegelindustrie wird den Parteien des deutschen Bundestages im Hinblick auf die Ergänzung von Wahl- und Regierungsprogrammen Formulierungsvorschläge zukommen lassen.

[Zum Seitenanfang](#)



Projekt Energiewende – Hoffnungsträger Gebäudeenergieeffizienz

Im Rahmen der Berliner Energietage 2013 zum Thema „Energieeffizienz in Deutschland“ findet am 15. Mai eine Veranstaltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie mit dem Titel „Projekt Energiewende - Hoffnungsträger Gebäudeenergieeffizienz“ statt. Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB (CDU) und Jan Mücke MdB (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister, werden Impulsreferate halten.

Im Anschluss diskutieren die baupolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen die konkrete Umsetzbarkeit der Energiewendeentschlüsse im Gebäudesektor. Im Mittelpunkt stehen die Herausforderungen an eine künftige Bundesregierung sowie die Inhalte der jeweiligen Wahlprogramme. Hill+Knowlton wird im Nachgang von der Veranstaltung berichten. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.
Schaumburg-Lippe-Straße 4
53113 Bonn
Ansprechpartner: Andre Staniszewski
Tel. +49 (0)228-91493-34
Mail: staniszewski@ziegel.de